

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948

Band 11

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Band 11/111

Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 3

Stalins Kriegsziele und Kriegsführung

Für Stalin war der Krieg ein hilfreiches Instrument, um von den großen innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Stalin wollte der UdSSR außerdem endlich eine angemessene weltpolitische Stellung verschaffen. Nach den menschverachtenden Lehren des Stalinismus "heiligte" der Zweck jedes Mittel. Die Höhe der Opfer spielte keine Rolle. Entscheidend war nur der Erfolg. Stalin war entschlossen, seine "kommunistische Weltrevolution" um jeden Preis in Europa und in Asien zu verwirklichen.

Der deutsche Historiker Dr. Manfred Kehr schrieb später über Stalins Anteil am Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges (x046/9-11): >>... Die seit Jahren geführte Diskussion über den Anteil der Sowjetunion am Ausbruch des Krieges mit Deutschland 1941 freilich muß unter der Prämisse geführt werden, daß dieser Krieg eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod zwischen zwei totalitären Systemen war, die sich zur Erreichung ihrer politischen Ziele der gleichen Mittel und Methoden bedienten. Dies war nach 1945 kaum ins Bewußtsein der westeuropäischen Gelehrten gerückt, denn die Sowjetunion war 4 Jahre Verbündeter der westlichen Demokratien gewesen und hat unter einem ungeheuren Zoll an Gut und Blut schließlich zum Sieg über Deutschland Entscheidendes beigetragen. ...

Wer in Westdeutschland das sowjetische System in den Jahrzehnten des Zweiten Weltkrieges kritisch untersuchte, auf seine kompromißlose Mißachtung von Freiheit und Menschenwürde, auf Terror und Unterdrückung hinwies, wurde nicht selten als Faschist beschimpft, als Neonazi verdächtigt, an Leib und Gut bedroht. Unter dem Banner des Antifaschismus versammelten sich all jene, die außer dem sowjetischen System nichts anderes mehr gelten lassen wollten.

...

Die sich im Frühjahr 1941 deutlich zum Vorteil der Sowjetunion verschiebende Lage, die von der deutschen Führung nur schemenhaft aufgeklärt werden konnte, ließ Hitler den Juni 1941 als den letztmöglichen Termin erscheinen, um überhaupt noch einen präventiven Krieg führen zu können. Auf der anderen Seite hatte Stalin allem Anschein nach den Angriffstermin im Frühjahr 1941 von 1942 auf Juli-September 1941 vorgezogen, um die an der sowjetischen Westgrenze konzentrierte deutsche Wehrmacht in mehreren wuchtigen Schlägen zu vernichten ...

Bisher überhaupt noch nicht ins Bewußtsein der westliche Welt getreten ist, daß nämlich Stalin den Krieg gegen das Deutsche Reich als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert und dann auch durchgeführt hat, so wie Hitler seinem Feldzug gegen die Sowjetunion wesentlich rassenkämpferische Motiv beimischte.

Hierbei kam Stalins Befehl vom 6. November 1941, alle Deutschen ohne Unterschied totzuschlagen, eine besondere Rolle zu, denn die unter Anleitung von Ilja Ehrenburg arbeitende

sowjetische Propaganda sorgte dafür, daß dieser Befehl nicht nur bis zum letzten Soldaten bekannt gemacht, sondern auch exekutiert wurde.

Die Aufforderung zur Ermordung deutscher Kriegsgefangener und Verwundeter stand vom ersten Tage des Krieges an auf der Tagesordnung und erlebte eine infernalische Steigerung, als die Rote Armee Ende 1944 deutsches Staatsgebiet erreichte und gegen die deutsche Zivilbevölkerung auf Weisung ihrer Befehlshaber und politischen Verwaltungen mordend, vergewaltigend, plündernd und sengend vorging, noch bis in die Wochen nach dem 8. Mai 1945 in ihren besetzten Gebieten eine breite Blutspur legend. ...<<

Stalins erbarmungslose Vernichtungsstrategie richtete sich nicht nur gegen die deutschen Soldaten, sondern auch gegen die eigenen Truppen und die sowjetische Zivilbevölkerung. Der sowjetische Kampfstil war völlig anders, als z.B. die Kriegsführung der westlichen Alliierten. Die westlichen Alliierten bombardierten meistens tagelang die deutschen Stellungen, bevor man überhaupt die ersten Infanteriesoldaten einsetzte. Im Gegensatz zu den Nordamerikanern und Briten schonten die sowjetischen Befehlshaber ihre Soldaten nicht, denn Menschenleben waren für die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare gewöhnlich gleichgültig.

Nach den verlustreichen Kesselschlachten der Jahre 1941-1942 ließ man vielerorts völlig kampfunerfahrene Zivilisten an der Kampffront einsetzen. Diese sogenannten "Arbeitermilizen" wurden notdürftig eingekleidet, bewaffnet und mit Lastkraftwagen direkt an die Kampffront transportiert. Die neuaufgestellten "Arbeitermilizen" mußten danach sofort an den Gefechten teilnehmen und erlitten zwangsläufig sehr hohe Verluste. Manche Polit-Kommissare hetzten ihre Infanterieeinheiten kurzerhand ohne Artillerieunterstützung in das feindliche Artillerie- und MG-Feuer und "verheizten" sie "ohne Rücksicht auf Verluste".

An einigen Frontabschnitten jagte man die Rotarmisten sogar bewußt durch Minenfelder, um keine eigenen Panzer zu verlieren. Für die sowjetischen Truppeneinheiten gab es grundsätzlich keinen Rückzug, denn "Feiglinge" wurden gewöhnlich von den fanatischen Polit-Kommissaren oder Komsomolzen, die während der Gefechte hinter der Kampffront warteten, sofort liquidiert.

Das deutsche IX. Armeekorps meldete am 2. August 1941 (x046/135): >>... Die feindlichen Angriffe werden trotz stärkster Verluste außerordentlich zäh geführt. ... Durch eigene Beobachtungen und Gefangenausagen wurde festgestellt, daß die russische Infanterie durch MG-Feuer von rückwärts und mit der Pistole von den Kommunisten in den Kampf getrieben wird.<<

Stalin unterzeichnete am 12 September 1941 den Befehl Nr. 001919. Danach sollten innerhalb von 5 Tagen in jeder Division der Roten Armee sog. Absperrabteilungen in Bataillonsstärke aufgestellt werden.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über Stalins Absperrabteilungen (x046/127): >>... Diese gut bewaffneten, auch mit einigen Panzern und Panzerwagen ausgestatteten Absperrabteilungen erhielten die Befugnis, ein eigenmächtiges Zurückweichen der Fronttruppen mit Waffengewalt zu verhindern und alle in Panik geratenen Soldaten, die sich dem Kampf entziehen wollten, niederzuschießen.<<

Als die sowjetischen Truppen in den ersten Wochen des deutsch-sowjetischen Ostkrieges meistens regelrecht überrollt wurden oder fluchtartig den Rückzug antreten mußten, machte Stalin vor allem seine Generäle für diese schmachvollen Niederlagen verantwortlich. Bereits im Juni/Juli 1941 ließ Stalin zahlreiche sowjetische Armeeführer, wie z.B. Generalmajor Kobokow und Generalmajor Kosobutskij, wegen "Landesverrat" degradieren, zum Tod verurteilen und durch Erschießungskommandos hinrichten (x040/84).

Diese sowjetischen Offiziere gehörten zwar nicht zu den überragenden Strategen und Taktikern der Roten Armee, aber sie waren für die meisten militärischen Katastrophen des Ostkrieges im Jahre 1941 nicht verantwortlich. Fast kein sowjetischer Armeeführer bzw. "Landesver-

räter" war schuldig, aber die Schuldfrage spielte zu Stalins Zeiten sowieso keine entscheidende Rolle. In der damaligen UdSSR ging es ausschließlich um Abschreckung und Angst, deshalb "verschickten" Stalins Helfer die Familienangehörigen dieser angeblichen "Landesverräter" ausnahmslos nach Sibirien.

Stalin, der wie Hitler den Oberbefehl der militärischen Streitkräfte übernommen hatte, war kein Militärstratege. Der "Stählerne" vermied wie Hitler jede persönliche Gefahr und hielt sich während des gesamten Ostkrieges nur einige Stunden an den Kampffronten auf. Die gigantischen sowjetischen Verluste von angeblich 13,6 Millionen Rotarmisten müssen zu einem erheblichen Teil Stalins militärischer Unfähigkeit zugerechnet werden. Trotz dieser unfaßbaren Verluste wurde Stalin im Jahre 1945 zum "Generalissimus" der Sowjetunion ernannt.

Die Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung von 1907 gekündigt hatte und das Genfer Kriegsgefangenen-Abkommen von 1929 ablehnte, befürchtete die deutsche Wehrmachtsführung vor dem Rußlandfeldzug das Schlimmste. Diese deutschen Befürchtungen wurden jedoch bei weitem übertroffen, denn seit Beginn des Ostkrieges mißachteten die Sowjets vielerorts die damals bestehenden Regeln und Gesetze des Völkerrechts.

Der sowjetische Oberbefehlshaber der 5. Armee, Generalmajor Potapow, schrieb am 30. Juni 1941 an die Kommandeure der Kampfeinheiten und Chefs der Abteilungen für politische Propaganda (x029/288-289): >>... Es ist nicht vereinzelt vorgekommen, daß Rotarmisten und Kommandeure, erbittert über die Grausamkeiten der faschistischen Räuber ... keine Soldaten und Offiziere gefangennehmen, sondern an Ort und Stelle erschießen.

Als Folge dieser Maßnahmen ergibt sich bei der Leitung die Schwierigkeit, die feindliche Aufstellung festzustellen, den politisch-moralischen Zustand des Heeres zu ermitteln sowie diese für die Auswertung bei der Arbeit unter den Truppen des Feindes auszunützen.

Gleichzeitig ist dieses aber auch vom politischen Standpunkt aus nicht richtig, da unsere Aufgabe darin besteht, daß der Soldat des deutschen Heeres auf die Seite der Roten Armee übergeht; wird es aber bekannt, daß Gefangene erschossen werden, hört der Zustrom auf.

Ich ordne daher an:

1. Allen Kämpfern und Kommandeuren die Schädlichkeit der Erschießung der in die Gefangenschaft geratenen Soldaten und Offiziere plausibel zu machen und die Gefangenen ohne Verzögerung nach hinten zu befördern zwecks einer Mitarbeit mit ihnen.

2. Ich verbiete kategorisch, selbständige Erschießungen vorzunehmen.<<

Am 1. Juli 1941 gerieten z.B. 180 deutsche Soldaten, die größtenteils nicht verwundet waren, in sowjetische Gefangenschaft. Fast alle deutschen Gefangenen wurden damals auf der Straße von Klewan nach Broniki in der Ukraine kurzerhand erschossen.

Obleich gemäß Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung "die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat, ..." eindeutig verboten war (x029/206), erteilte Stalin im November 1941 offiziell den Befehl, die "Hitler-Generation" auszurotten und keine deutschen Gefangenen mehr zu machen.

In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution forderte Stalin am 6. November 1941 in Moskau, alle Deutschen, die auf russischem Boden angetroffen werden, zu vernichten (x046/260,262): >>... Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen (stürmischer, langanhaltender Beifall).

Von nun an wird es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Völker der Sowjetunion, die Aufgabe der Kämpfer, der Kommandeure und der politischen Funktionäre unserer Armee und unserer Flotte sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten (stürmischer Beifall, Rufe: "Sehr richtig!" Hurra-

rufe).

Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten! (stürmischer Beifall) ...

Um aber diese Ziele verwirklichen zu können, gilt es, ... alle deutschen Okkupanten ... bis auf den letzten Mann auszutilgen (stürmischer, langanhaltender Beifall). ...<<

>>... Beutedokumente und Gefangenaussagen lassen an dem Befehlscharakter der Stalin-aufforderung tatsächlich keinen Zweifel. So war nach den Aussagen eines gefangenen Regimentskommissars für die Behandlung deutscher Kriegsgefangener maßgebend der "Befehl Stalins vom November 1941", demzufolge "alle Kriegsgefangenen ... zu erschießen sind", wiewohl dieser Kommissar zugleich die Einschränkung machen wollte, Überläufer würden als Gefangene nach hinten abgeschoben.

Dem widersprach jedoch die Aussage des Armeeeingehörenden Kisilov vom Schützenregiment 406. Sein Zugführer, Unterleutnant Kolesnicenko, habe vor dem Angriff auf Leskij am 17. Januar 1942 folgenden Befehl des Regimentskommissars verkündet: "Es werden keine Gefangenen gemacht, alle Deutschen werden erschlagen. Keiner darf am Leben bleiben." ...<<

Der Chef der Politischen Abteilung der 9. Kavalleriedivision verteilte im Dezember 1941 folgende Direktive an die sowjetischen Kommissare aller Einheiten (x046/254): >>... Erklärt den Kämpfern und Kommandeuren, daß der Feind nirgends Schonung finden wird, in diesem Sinne auch bei den höheren Stäben nicht. ... Zur Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir immer noch rechtzeitig. Keiner der Eindringlinge wird unser Land lebend verlassen.<<

Der sowjetische Stabschef der Aufklärungsabteilung der 33. Armee, Hauptmann Potapow, meldete im Dezember 1941 (x029/293): >>... 100 Kriegsgefangene, die von der ersten "G.M." Schützendivision gemacht wurden, wurden in Anbetracht der komplizierten Lage auf Befehl der Kommissare der Division erschossen. ... Im ganzen wurden 115 Mann erschossen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über "Stalins Vernichtungskrieg" (x046/20,223): >>... So hat nicht nur Hitler, wie eine bestimmte Zeitgeschichtsschreibung glauben machen will, sondern gerade auch Stalin, die politische und militärische Führung der Roten Armee, in der Auseinandersetzung von Anfang an Methoden angewendet, die in ihrer Brutalität alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten. Schon das praktisch mit dem ersten Kriegstage einsetzende systematische Aufputschen der Angehörigen der Roten Armee, die Erzeugung infernalischer Haßgefühle gegen die Soldaten der eindringenden feindlichen Heere, lassen alle hierzulande verbreiteten Legenden über die angeblich allein an der Weigerung Hitlers gescheiterten Möglichkeiten einer "humanen" Kriegsführung in ein Nichts zusammenfallen. ...<<

>>... Konnte der deutsch sowjetische Konflikt als Zusammenstoß zweier gegensätzlicher sozialistischer Systeme nur mit der völligen Vernichtung eines der beiden Kontrahenten enden, so entsprachen auch die Methoden der Kriegsführung in ihrer Schonungslosigkeit vollauf dem totalitären Anspruch, der die beiden Ideologien charakterisierte.

"Der vergangene Krieg war von beiden Seiten aus ein grausamer", schrieb Jakusevskij 1993 in der Zeitschrift NOVOE VREMJA, "Die Methoden der Kriegsführung waren bei beiden totalitären Systemen ähnlich."

Geschichtliche Interpretationen, die hierzulande den Eindruck zu erwecken versuchen, als hätte sich der Konflikt an der deutsch-sowjetischen Front in humaneren Formen austragen lassen, wenn nicht Hitler und die Wehrmachtführung schon bei der Planung des Unternehmens 'Barbarossa' die herkömmlichen Regeln und Gebräuche des Krieges skrupellos außer Kraft gesetzt hätten, gehen an dem Kern der Dinge vorbei, da sie jede Berücksichtigung der Verhältnisse auf sowjetischer Seite vermissen lassen.

Das schließt natürlich die Vermeidung unnötiger Härten auf deutscher Seite nicht aus. Und es war gewiß der kardinale Fehler Hitlers gewesen, den russischen Menschen in seinem Patrio-

tismus und den russischen Soldaten in seiner Tapferkeit verkannt und die einzigartige Gelegenheit zur Gewinnung des russischen Volkes vertan zu haben - eine Verblendung, die das Scheitern des Krieges in Rußland unabwendbar machte.<<

In einem sowjetischen Flugblatt vom Dezember 1941 hieß es z.B. (x029/296-297): >>... Die Deutschen müssen bis zum letzten Mann vernichtet werden, sie haben sich als Okkupanten auf das Gebiet unserer Heimat gestürzt. Keine Gnade den deutschen Okkupanten. Tod den deutschen Okkupanten.<<

Aufgrund dieser völkerrechtswidrigen Anordnungen wurde die sowjetische Kriegsführung immer härter und gnadenloser und fast bis zum Ende des Ostkrieges durch fürchterliche Grausamkeiten und unvorstellbare Ausschreitungen geprägt, denen ungezählte deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

Allein in den Jahren 1941-42 kamen nach sowjetischen Frontberichten 90 % bis 95 % bzw. etwa 175.000 deutsche Kriegsgefangene ums Leben (x023/245).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (x046/327-328): >>... Die Mordtaten an deutschen Kriegsgefangenen setzten bereits um den 22. Juni 1941 ein; spontan und auf der ganzen Linie der Front und nicht etwa, wie behauptet wird, als angebliche Racheaktion auf die sowjetischerseits anfangs überhaupt nicht bekannten und im übrigen im Mai 1942 auf Druck des deutschen Heeres hin wieder aufgehobenen Kommissarrichtlinien.

Morde an wehrlosen deutschen und verbündeten Soldaten wurden nicht selten von sowjetischen Offizieren, vielfach solchen höherer Ränge, befohlen, zumindest aber geduldet, auch wenn manche Kommandostellen schon aus Gründen der Feindaufklärung, immer wieder, und das heißt vergeblich, versuchten, eigenmächtige Erschießungen zu unterbinden.

Was aber war von der Masse der Rotarmisten auch anderes zu erwarten, wenn sie in Abständen von wenigen Tagen von der Frontpropaganda unter der Anführung eines Ehrenburg dazu aufgerufen wurden, "alle Deutschen zu töten, die in unser Land eingedrungen sind", "sie ganz einfach zu vernichten" ...

Angesichts der in der Roten Armee erzeugten Pogromstimmung, die sich nicht etwa gegen die "Faschisten", sondern grundsätzlich gegen alle Deutschen richtete, war es für den gemäßigten Teil des sowjetischen Kommandobestandes schwierig (und manchmal nicht ungefährlich), dem zügellosen Treiben Einhalt gebieten zu wollen.<<

Am 8. August 1943 wurden z.B. 165 deutsche Kriegsgefangene und 125 Hilfswillige nach dem Verhör von betrunkenen Komsomolzen des 42. Schützenregiments - Führung: Oberstleutnant Kotelnik - erschossen oder erschlagen. Einige Kriegsgefangene, die man bei dem Massaker nur schwer verletzte, erhielten erst 2 Stunden später den "Gnadenschuß" (x029/327).

Wenn die deutschen Soldaten nach den Kampfeinsätzen lebend in sowjetische Gewalt gerieten, war es meistens gleichbedeutend mit Folter und Tod. Vielfach begnügten sich die Sowjets nicht damit, ihre Kriegsgefangenen mit dem "typischen Genickschuß" zu liquidieren, denn in zahlreichen Fällen wurden die Kriegsgefangenen vor ihrer Ermordung noch bestialisch gequält oder sadistisch verstümmelt.

Meistens kannten die Rotarmisten auch gegenüber dem deutschen Sanitätspersonal und den verwundeten Lazarettinsassen keine Gnade. Ungezählte bewegungsunfähige Krüppel und schwerverwundete Soldaten wurden in ihren Krankbetten getötet. Den unbewaffneten Ärzten, Krankenschwestern und Nachrichtenhelferinnen erging es nicht besser.

Erst gegen Ende des Jahres 1943 ließ Stalin die Tötung von Kriegsgefangenen ausdrücklich verbieten, weil er dringend Arbeitskräfte benötigte. Dieser Befehl wurde bis zum Kriegsende aber nicht von allen Einheiten der Roten Armee eingehalten. Auch in den letzten Kriegsmonten liquidierten aufgehetzte Rotarmisten noch ungezählte deutsche Kriegsgefangene. Auf-

grund der Tatsache, daß nicht nur im Deutschen Reich, sondern auch in der UdSSR mittlerweile ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, ließ Stalin später sogar Belohnungen für lebende deutsche Kriegsgefangene auszahlen (x029/302).

Nach dem sowjetischen Einmarsch 1944/45 beachteten die siegreichen Truppen die gefangenen Wehrmachtssoldaten vielerorts zunächst überhaupt nicht, weil die Jagd nach Kriegsbeute wesentlich wichtiger war. Häufig machten sich die Sowjets nicht einmal die Mühe, ihre Feinde gefangenzunehmen. Die deutschen Soldaten meldeten sich oft selbstständig bei den sowjetischen Kommandanturen, denn in manchen besetzten Dörfern und Städten war es die einzige Möglichkeit, den haßerfüllten jugoslawischen, polnischen und tschechischen Milizen, Partisanen und Zivilisten zu entkommen.

Von den rd. 3,2 Millionen deutschen Kriegsgefangenen, die von 1941-1945 in sowjetische Gefangenschaft gerieten, starben mindestens 1,1 Millionen (x029/277).

Stalins Kriegspropaganda

Die stalinistische Kriegspropaganda - Ilja Ehrenburg und andere Propagandisten - rief jahrelang zur erbarmungslosen, konsequenten Vernichtung aller deutschen Soldaten auf.

In einem sowjetischen Flugblatt forderte man z.B. die sowjetische Bevölkerung folgendermaßen zum bewaffneten Widerstand auf (x029/285-286): >>Sammelt Waffen, erhebt Euch gegen die Deutschen, vernichtet sie bis auf den letzten Mann. Rächt euch an den deutschfaschistischen Schurken. Rächt die an Euren Frauen begangenen Vergewaltigungen. Rächt die Quälereien an dem Volk. Rächt ... die Zerstörung Eurer Städte und Dörfer. Nehmt für alles Rache. Blut um Blut! Tod um Tod!<<

In den Tagesbefehlen vermittelten die sowjetischen Offiziere und Polit-Kommissare der Roten Armee grundsätzlich den Eindruck, daß nicht nur die SD- und SS-Einsatzgruppen, sondern auch die deutschen Wehrmachtssoldaten alle sowjetischen Gefangenen foltern und ermorden würden. Vor allem die große Angst, nach der Gefangennahme mißhandelt und umgebracht zu werden, beeinflusste die Kriegsführung an der Ostfront entscheidend. Da weder Rotarmisten noch die deutschen Landser in Gefangenschaft geraten wollten, gab es meistens keine Kapitulation. Oftmals gingen die erbitterten Kämpfe "bis zum letzten Mann".

Sowjetische Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen

Zu jeder sowjetischen Kompanie gehörte seit Juli 1941 grundsätzlich mindestens ein Politleiter, der innerhalb der Roten Armee die Einflußnahme und die Verwirklichung der KPdSU-Politik gewährleistete. Die Kriegskommissare besaßen als Regierungsbeauftragte besondere Vollmachten. Sie waren häufig die eigentlichen Befehlshaber der einzelnen Truppenteile. Jeder Politkommissar verfügte in seiner Kompanie über Spitzel, so daß er sofort über alle internen Vorgänge informiert wurde.

Wesentliche Tätigkeiten der Politleiter und der KPdSU-Führungsorgane in den Streitkräften der Roten Armee waren z.B. die Herausbildung von politischen und ideologischen Überzeugungen, die Aufrechterhaltung hoher Gefechtsbereitschaft und die Steigerung der Kampfkraft aller Streitkräfte sowie die Festigung der "militärischen Disziplin" und Mobilisierung von Reservisten. Ihre Hauptaufgabe war es, die "politische Erziehung" der Soldaten zu gewährleisten und die Kommandeure bei der militärischen Führung zu unterstützen. Die Politkommissare waren meistens fanatische und zu jedem Opfer bereite Kämpfer, denn Hitlers gnadenloser "Kommissarerlaß" versperrte ihnen jeden Weg in die Gefangenschaft.

Innerhalb der Roten Armee wurden außerdem verstärkt Komsomol-Organisationen, die Kampfabteilungen des Jugendverbandes der KPdSU, eingesetzt, deren Hauptaufgabe es war, die jungen Rotarmisten zur "aufopferungsvoller Ergebenheit", zu Mut und Heldentum zu erziehen. Die sogenannten "Stalin-Schüler" arbeiteten eng mit den kommunistischen Politarbei-

tern und KP-Parteiorganisationen zusammen. Sie begleiteten meistens die gefürchteten sowjetischen Nachschubeinheiten.

Zur "parteipolitischen Erziehung und Führung" der sowjetischen Streitkräfte schickte die KPdSU von 1941-45 insgesamt 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Ostfront. Die Reihen der sowjetischen Politorgane wurden ununterbrochen aufgefüllt. Nach sowjetischen Angaben fielen mehr als 3,0 Mio Mitglieder dieser "Politarbeiter" an der Ostfront (x047/107).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die sowjetischen Kriegskommissare (x046/122): >>... Der Kriegskommissar war "neben dem Kommandeur" ... eindeutig auch der "militärische Führer seiner Abteilung". Er hatte nicht nur den gesamten Mannschaftsbestand, sondern auch die Kommandeure, Einheitsführer und Offiziere zu überwachen und zu bespitzeln und hierbei "mit den Stellen der Militärstaatsanwälte und Tribunale und der Besonderen Abteilungen zusammenzuarbeiten". Die Kriegskommissare und Politischen Leiter hatten die 'bedingungslose Erfüllung' aller Kampfaufträge sicherzustellen und waren dafür verantwortlich, daß die Soldaten mit 'Tapferkeit' und 'unerschütterlicher Bereitschaft' "bis zum letzten Blutstropfen mit den Feinden unserer Heimat kämpfen".

Sie also in erster Linie waren es, die die Rotarmisten ohne Rücksicht auf Verluste in das Feuer jagten. Zugleich war der Kommissar verpflichtet, einen "rücksichtslosen Kampf mit den Feiglingen, Panikmachern und Deserteuren zu führen, indem er mit harter Hand die revolutionäre Ordnung und Kriegsdisziplin wiederherstellt".

Dies bedeutete, mit anderen Worten, jeden Soldaten, unabhängig von seinem Rang, beim Versuch des Überlaufens oder der Gefangengebe oder beim Sichtbarwerden von 'Angriffsmüdigkeit' "auf der Stelle zu erschießen". Ebenso bedeutete dies die 'mitleidlose' Vernichtung der "Feigen und Panikmacher, Mutlosen und Deserteure", das heißt aller, "die selbständig ohne Befehl die Stellung verlassen". ...

Ihre überragende Rolle in der Roten Armee als Aufpasser und Antreiber brachte es für die Kommissare und Politischen Leiter mit sich, daß die Masse der Soldaten in ihnen einen Gegenstand der Furcht und Abneigung erblickte. Dies galt insbesondere auch für die in ihrer Führerstellung eingeeengten und oft auch persönlich bedrohten Offiziere ...<<

Der sowjetische Partisanenkrieg und die Taktik der "verbrannten Erde"

Nach den ersten verlustreichen Niederlagen aktivierte Stalin umgehend das tiefverwurzelte russische Nationalgefühl.

Am 1. Juli 1941 rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrußlands zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf und forderte (x046/128-129): >>Jede Verbindung im Hinterland des Gegners zu vernichten, Brücken und Straßen zu sprengen oder zu beschädigen, Treibstoff- und Lebensmittellager, Kraftfahrzeuge und Flugzeuge anzuzünden, Eisenbahnkatastrophen zu arrangieren, Feinde zu vernichten, ihnen weder Tag noch Nacht Ruhe gebend, sie überall zu vernichten, wo man sie erwischt, sie mit allem zu töten, was man zur Hand hat: Beil, Sense, Brecheisen, Heugabeln, Messern ...

Bei der Vernichtung der Feinde schreckt nicht davor zurück, beliebige Mittel anzuwenden: Erwürgt, zerhackt, verbrennt, vergiftet den faschistischen Auswurf. ...<<

Am 3. Juli 1941 proklamierte Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und rief nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf (x106/112, x222/105): >>Brüder und Schwestern! Durch den uns aufgezwungenen Krieg ist unser Land in einen Kampf auf Leben und Tod mit seinem erbittertsten Feinde, mit dem deutschen Faschismus eingetreten. ...

Was muß geschehen, um die über unserem Vaterland schwebende Gefahr zu beseitigen? ...

Es ist für den Sowjetstaat und die Völker der Sowjetunion eine Frage auf Leben und Tod, ob

die Völker der Sowjetunion frei oder versklavt sein werden. Alles muß den Interessen der Front und der Niederzwingung des Feindes untergeordnet werden. ...

Die Rote Armee und Marine, alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit des sowjet-russischen Bodens verteidigen. ... Im Falle eines Rückzuges muß das gesamte Rollmaterial mitgeführt werden. ... Alles von Wert ... muß unbedingt vernichtet werden, wenn es nicht mitgenommen werden kann.

In den vom Feind besetzten Gebieten sind Partisanenabteilungen ... zu schaffen, die gegen die feindlichen Einheiten kämpfen, überall den Guerillakrieg entfachen. ... In den überfallenen Gebieten sind für den Feind unerträgliche Verhältnisse zu schaffen. ...<<

>>... Dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide und kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben. Partisanenabteilungen zu Fuß und zu Pferd müssen gebildet werden, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Rundfunkrede vom 3. Juli 1941 (x046/87-88): >>... Wer die russische Militärgeschichte kennt,

weiß um die hohen Qualitäten des russischen Soldatentums, um die oft bewiesene Tapferkeit der russischen Krieger beim Angriff und besonders bei der Verteidigung ihres Vaterlandes.

Von den Deutschen ist 1941 vielfach verkannt worden, welch hohes Maß an Heimat- und Vaterlandsliebe den russischen Menschen und den russischen Soldaten seit jeher innewohnt. In den Akten finden sich nach Kriegsausbruch in der Tat ungezählte Beispiele dafür, daß sowjetische Soldaten, aus welchen Gründen auch immer, an manchen Stellen in aufopfernder Gegenwehr bis hin zu ihrem Tode ausgeharrt und gekämpft haben.

Solche Fälle sind von der sowjetischen Geschichtsschreibung jedoch in unzulässiger Weise verallgemeinert und in bewußter Irreführung ist alles ignoriert worden, was mit dem Propagandabild des Sowjetheroismus nicht übereinstimmt. Denn es erhebt sich doch die Frage, welchen Grund die russischen Soldaten eigentlich gehabt haben sollen, "bis zur letzten Patrone, bis zum letzten Blutstropfen" für den "Genossen Stalin" und sein terroristisches Regime zu kämpfen, das ihnen und ihren Völkern die entsetzlichsten Leiden und Entbehrungen auferlegt hatte.

Stalin selbst, zunächst voller trügerischer Erwartungen über Stärke und Zusammenhalt der Roten Armee und erst nach Tagen von einem "lähmenden Schock" getroffen, hat sich hinsichtlich dieser Frage jedenfalls keinen Illusionen hingeeben. Er führte den Zusammenbruch der Fronten zutreffend nicht nur auf ein Versagen der Führung, sondern vor allem auf einen mangelnden Kampfeswillen der Truppen der Roten Armee zurück.

Und um den Soldaten 'Sowjetpatriotismus' einzuhauchen und jene Haltung zu erzeugen, die bis in unsere Tage hinein als 'Massenheroismus' bezeichnet wird, gab es für ihn nur eine Methode, auf der sein ganzes Herrschaftssystem beruhte, die Anwendung eines Höchstmaßes von Zwang und Terror, verbunden mit der Entfachung einer zügellosen Propagandakampagne zur politischen Beeinflussung.

Als er es am 3. Juli 1941 wagte, sich im Radio erstmals an die Völker der Sowjetunion zu wenden, kündigte er an, worauf es ihm jetzt ankam: "Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Feiglinge, Panikmacher und Deserteure sei", hieß es in dieser ersten Kriegsrede: ... Der Führungsapparat der Roten Armee setzte die Intentionen umgehend in Befehle um, die den Soldaten keine andere Wahl mehr lassen sollten, als zu kämpfen oder zu sterben.<<

Marschall Semjon K. Timoschenko, Oberbefehlshaber der sowjetischen Westfront, rief am 6. August 1941 alle Einwohner "der vom Feinde besetzten Gebiete" zum Partisanenkrieg gegen die Deutschen auf (x046/129): >>... Überfallt und vernichtet die deutschen rückwärtigen Ver-

bindungen, Transporte und Kolonnen, verbrennt und zerstört die Brücken, zerreißt die Telegraphen- und Telephonleitungen, zündet Häuser und Wälder an. Schlagt den Feind, quält ihn zu Tode durch Hunger, verbrennt ihn durch Feuer, vernichtet ihn durch die Kugel und Handgranate. ...

Für die Ausführungen der Zerstörungen im Rücken des Feindes verwendet weitgehendst die örtlichen Mittel, verwendet Hilfsmittel, welche Sprengstoffe verlangen. ... Zndet die Lager an. Vernichtet die Faschisten wie tolle Hunde.<<

Der sogenannte "Vaterländische Krieg" - Kampf für "Mütterchen Rußland" - führte zu einer regelrechten Wiederbelebung der schwer angeschlagenen Roten Armee. Die sowjetischen Truppen und Partisaneneinheiten erledigten Stalins Zerstrungsbefehle gewissenhaft und gründlich. Während der Rckzugsgefechte verwüsteten die abrckenden Truppen der Roten Armee und die nachrückenden Partisanen, die vielerorts hinter den deutschen Linien operierten, riesige Gebiete. Zahlreiche Industriebetriebe, Treibstofflager und andere kriegswichtige Anlagen wurden kompromißlos gesprengt und zerstört.

Vor dem Rückzug verbrannten die Sowjets nicht selten riesige Waldflächen, Kornfelder, Lebensmittellager und vergifteten regelmäßig das Wasser in allen Brunnen und Teichen. Die materiellen Zerstörungen erreichten gigantische Ausmaße. Für die zurückgebliebene sowjetische Zivilbevölkerung bedeuteten diese systematischen Zerstörungen vielfach jahrelange Hungersnot und unvorstellbares Elend.

Nach dem Kriegsende machte Stalin die deutschen Truppen für sämtliche Zerstörungen verantwortlich, obgleich bereits durch die planmäßigen sowjetischen Vernichtungsaktionen Schäden in Milliardenhöhe entstanden waren. Nach sowjetischen Angaben bute die sowjetische Wirtschaft angeblich 65 % ihrer Kohlenbergwerke, 58 % ihrer Stahlwerke und 41 % ihres Eisenbahnnetzes ein. Die deutschen Verlierer mußten später auch für die sowjetischen Vernichtungsaktionen jahrzehntelang enorme Reparationen leisten.

Obwohl Stalin die sowjetische Bevölkerung ab Juli 1941 wiederholt zum Partisanenkampf hinter der Front aufrief, ereigneten sich in den ersten Wochen und Monaten fast keine Sabotageakte oder gar Partisanenberflle. Erst als nach Abschluß der Kampfhandlungen die SS- und SD-Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten auftauchten, änderte sich die Lage grundlegend. Schon nach kurzer Zeit verbreiteten die SS- und SD-Todeskommandos, die z.T. braune Uniformen mit goldenen Abzeichen trugen, Angst und Schrecken unter der sowjetischen Bevölkerung.

Da die SS- und SD-Sonderkommandos grundsätzlich weit hinter den Kampftruppen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS "operierten", blieben die ungeheuerlichen Massensmordaktionen, die vor allem gegenüber der jüdischen Zivilbevölkerung, verübt wurden, zunächst größtenteils unbekannt. Das eigentliche Ausmaß der SD- und SS-Greuelthaten wurde vielfach erst im Verlauf der fluchtartigen deutschen Rckzugsbewegungen bekannt.

Nach der Entdeckung dieser unvorstellbaren Massenverbrechen protestierten einige deutsche Generäle beim OKH oder direkt bei Hitler. Die entsetzten und verbitterten Generäle warnten vor den zwangsläufigen Folgen dieser menschenverachtenden, unverantwortlichen "Besatzungspolitik". Diese Befürchtungen wurden sehr schnell bestätigt, denn nach den ersten Massensmordaktionen der SS- und SD-Einsatzgruppen begann in der UdSSR schlagartig der von allen deutschen Landsern gefürchtete Partisanen-Krieg.

Nachdem man die deutschen Truppen in den nichtrussischen Westgebieten der UdSSR, insbesondere in den baltischen Ländern, Bessarabien und in der Ukraine anfänglich als Befreier vom bolschewistischen Joch gefeiert hatte, wich die große Begeisterung plötzlich einer tiefen Enttäuschung. Hitlers Ausrottungs- und Vernichtungspolitik verursachte schnell den entscheidenden Umschwung, so daß sich schließlich fast alle unterdrückten sowjetischen Völker schweren Herzens für Rußland bzw. Stalin und den ungeliebten Bolschewismus entschieden.

Hitlers menschenverachtende "Besatzungspolitik" trieb in jenen Tagen Hunderttausende von Zivilisten zu den sowjetischen Partisanen. Dieser Partisanen-Krieg wurde damals nicht für den verhaßten Stalin, sondern für die eigene Heimat geführt.

Infolge der NS-Untermenschentheorie entwickelten sich in der Sowjetunion allmählich überall tödliche Haß- und Rachegefühle gegen alle Deutschen. Die grausame NS-Besatzungspolitik, die vielerorts durch Massenerschießungen, Zwangsdeportationen und brutale Unterdrückung der "slawischen Untermenschen" gekennzeichnet wurde, führte zwangsläufig zu Partisanenanschlägen und Überfällen.

Die Tage, an denen die sowjetische Bevölkerung die Wehrmachtssoldaten mit Brot und Salz begrüßten, waren danach endgültig vorbei. Infolge der sinnlosen Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen mußten die deutschen Soldaten nun auch noch ständig hinter ihren Stellungen um ihr Leben kämpfen, denn schon bald tobte in der UdSSR ein heimtückischer Partisanenkrieg.

Die strategische Führung und die militärische Koordination der sowjetischen Partisanenbewegung übernahmen zentrale Stäbe der KPdSU. Die Chefs der Partisanenbewegung waren Marschall Woroschilow und Generalleutnant Ponomarenko, der ab 1944 Vorsitzender des Rats der "Volkskommissare" wurde.

Während des "Großen Vaterländischen Krieges" kämpften nach sowjetischen Angaben 6.200 Partisanenformationen, mit mehr als 1.320.000 Partisanen, hinter den Fronten des Feindes (x047/229). Die stärksten Partisanenbewegungen operierten in Belorußland, Smolensk, Leningrad, Kalinin und in der Ukraine. Ab 1944 wurden außerdem 7 große Verbände und 26 Partisaneneinheiten in Polen und 20 Partisanenverbände in der Tschechoslowakei eingesetzt (x047/230).

Im direkten Frontgebiet und weit hinter der deutsch-sowjetischen Front tobte ab Herbst 1941 ein blutiger, unerbittlicher Partisanenkrieg. Der Kampf gegen die Partisanen weitete sich im Verlauf des Ostkrieges immer mehr aus, so daß man zum Schluß sogar von einer "2. Front" sprechen mußte. Die schwerbewaffneten Partisanen, die häufig mit Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet waren, verübten fast täglich Überfälle und Sabotageakte hinter den deutschen Linien. Oft beteiligten sich auch Frauen und Kinder an den Mordanschlägen gegen arglose deutsche Wehrmachtssoldaten. Manche halbwüchsige Kinder bettelten tagsüber bei den Landsern um Nahrung. Später warfen diese "harmlosen Bettler" im Schutz der Dunkelheit kaltblütig ihre Handgranaten in die vollbesetzten Schlafräume oder Zelte der verhaßten deutschen Soldaten.

Ungezählte deutsche Landser, die als Wachtposten, Melde- und Nachschubfahrer oder als Sanitäter ihren harten Dienst erfüllten, wurden heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet und z.T. bestialisch massakriert. In einigen Gebieten konnten die deutschen Nachschubkolonnen nur noch während des Tages fahren und mußten zusätzlich von Kampftruppen eskortiert werden. Im Dezember 1941 überfielen z.B. russische Partisanen in Roslawl ein deutsches Lazarett und ermordeten 120 verwundete Soldaten, 2 Ärzte und mehrere Krankenschwestern (x029/-127).

In den riesigen Wäldern der Sowjetunion waren die ortskundigen und trickreichen Partisanen fast nicht zu stellen. Da sich in den besetzten sowjetischen Gebieten die Partisanenüberfälle dramatisch erhöhten, führte die deutsche Wehrmacht ab 1942 brutale Vergeltungsaktionen durch. Bei diesen Vergeltungsmaßnahmen kamen naturgemäß viele unschuldige Zivilisten ums Leben.

Die deutschen Truppenführer reagierten im allgemeinen völlig hilflos, denn sie hatten damals keinen "blassen Schimmer", wie sie die Partisanen- und Bandenbekämpfung gestalten sollten. Die Wehrmachtsführung versuchte es danach jahrelang erfolglos, den neuartigen osteuropäischen Partisanenkrieg, mit den "altbewährten Mitteln" der Westfront zu bekämpfen. Um die

besetzten hinteren Frontgebiete zu "befrieden", mußten z.T. mehr als 200.000 Wehrmachts-soldaten abgezogen werden.

Ein Armeebefehl an die deutschen Wehrmachtseinheiten des "Ostheeres" lautete damals wie folgt (x073/195): >>... Bekämpfung reichsfeindlicher Bestrebungen und Elemente (Kommunisten, Juden und dgl.) ... ist in den besetzten Gebieten allein Aufgabe der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD, die in eigener Verantwortung die notwendigen Maßnahmen treffen und durchführen. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner Wehrmichtsangehöriger oder Beteiligung von Wehrmichtsangehörigen ... ist verboten.<<

Aufgrund der Tatsache, daß die Partisanen das gebräuchliche Kriegsrecht nicht beachteten und deshalb völkerrechtswidrig handelten, war die Erschießung von überführten Partisanen nach dem damals gültigen Kriegsrecht grundsätzlich "erlaubt".

Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 Artikel 1 galten für den Partisanenkrieg und Widerstandsbewegungen verbindliche Rechtsgrundsätze und Rechtsvorschriften: Nach einer durchgeführten Besetzung war gemäß Kriegsrecht kein ziviler Widerstand der Bevölkerung zulässig. Für die Rechtmäßigkeit der Kampfhandlungen verlangte das Kriegsrecht außerdem, daß die Gegner auch aus großer Entfernung erkennbare Uniformen und Abzeichen tragen mußten, die Waffen sichtbar führten und allgemeine Regeln des Krieges einhielten. Diese Bedingungen wurden von den sowjetischen Partisanen jedoch in der Regel nicht erfüllt.

Der sogenannte "Volkskrieg" war gemäß Artikel 2 HLKO nur unter folgenden Umständen erlaubt (x029/221): >>... Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich nach Artikel 1 HLKO zu organisieren, wird als kriegsführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges hält.<<

In der UdSSR konnte man die Partisanen nicht mit Härte und Rücksichtslosigkeit abschrecken. Durch die Strafexpeditionen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen erreichte die deutsche Wehrmacht nur, daß sich der Partisanenkampf immer mehr ausweitete und die bereits übliche Grausamkeit und Härte des Untergrundkampfes sogar noch mehr gesteigert wurde. Da man fast alle sowjetischen Partisanen nach der Gefangennahme liquidierte, kämpften sie naturgemäß entsprechend fanatisch. Letzten Endes blieben fast alle militärischen Strafmaßnahmen der deutschen Wehrmacht wirkungslos.

Nach sowjetischen Angaben zerstörte die Partisanenbewegung in der UdSSR von 1941-45 rd. 10.000 Lokomotiven und mehr als 110.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Kraftfahrzeuge und 12.000 Brücken. Außerdem brachten die Partisanen 20.000 Züge des Gegners zum Entgleisen und sprengten 58 deutsche Panzerzüge in die Luft (x047/230).

Etwa 300.000 deutsche Soldaten wurden von sowjetischen Partisanen getötet (x069/186).

In der offiziellen Geschichte des sowjetischen Partisanenkampfes berichtete Generalleutnant Ponomarenko, daß sogar ca. 500.000 deutsche Soldaten von sowjetischen Partisanen getötet wurden.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die deutsche NS-Besatzungspolitik in der Sowjetunion (x025/112-113): >>... Als Hauptpunkte wären ... zu nennen: Schlechte Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung - vielerorts bis zur Hungersnot -, ferner Deportation von sogenannten Fremdarbeitern nach Deutschland, exzessive Geislerschießungen, Grausamkeit gegenüber politischen Gefangenen, Niederbrennen von Ortschaften in Partisanengebieten und schließlich der sogenannte Kommissarerlaß, wonach politische Kommissare ohne Gerichtsverfahren sofort zu erschießen waren. ...

Interessant ist dabei eine amerikanische Umfrage unter 1.000 verschleppten Russen, die in ihrer Heimat die deutsche Besatzung miterlebt hatten. ... Bei der Frage, wer von allen Deutschen sich am besten benommen hat, stimmten 10 für SS und SD, 69 für die Garnisonstrup-

pen, 162 für die Zivilisten und 545 für die Frontsoldaten.

Daß im Heer abgesehen von einigen schwarzen Schafen Hitlers völkerrechtswidrige Befehle im wesentlichen sabotiert wurden, war bald in Berlin bekannt und blieb auch der russischen Bevölkerung nicht verborgen, die durchaus zwischen SS und Einsatzgruppen einerseits und regulären Truppen andererseits zu unterscheiden wußten. ...<<

Schlußbemerkungen: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die sowjetische Kriegsführung (x025/111,258): >>... Ein Teil der Millionverluste der Roten Armee geht auf das Konto der Menschenverachtung ihrer eigenen Führer, etwa nach dem Motto: "Wenn wir an ein Minenfeld kommen, greift unsere Infanterie genauso an, als wäre es nicht da" - Äußerung von Marschall Shukow gegenüber General Eisenhower - ...<<

>>Als weitere Ursachen für die extrem hohen Verluste der Roten Armee sind genannt worden: Bewußtes "Verheizen" von Strafbataillonen, Tötung eigener Verwundeter auf dem Rückzug, Liquidation unzuverlässiger Armeeteile ...<<

Die Verfolgung und Auswanderung der Juden

Hitler rief bereits am 28. März 1933 alle NS-Parteioorganisationen zum Boykott der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...

Hitler forderte ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<

Am 1. April 1933 fand bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdischen Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden begann. NSDAP- und SA-Angehörige organisierten den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern hetzten damals SA-Männer gegen die Juden - "Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!".

Der französische Botschafter berichtete am 1. April 1933 über die ersten Judenverfolgungen in Berlin (x191/63): >>Am festgesetzten Tag durchziehen SA-Kolonnen die ganze Stadt, halten die Juden an und verprügeln sie. Sie dringen in die ... Cafes und Restaurants am Kurfürstendamm ein und jagen die jüdischen Gäste mit Prügeln hinaus.

SA-Truppen stellen sich am Eingang der Geschäfte auf, kleben kleine Plakate auf die Schaufenster: "Jüdisches Geschäft! Hier kaufen keine Deutschen!" und hindern die Leute am Eintreten. In den Geschäften selbst werden die Besitzer krumm und lahm geschlagen, ihre Waren werden geplündert, und unter Androhung weiterer Schläge erpreßt man von ihnen Geld. So geht es den ganzen Tag.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler schrieb am 1. April 1933 in Paris über den Judenboykott (x032/39): >>... Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wieder gewonnen war.<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus schrieb später über den "Judenboykott" am 1. April 1933 (x051/286-287): >>Judenboykott, erste zentral gesteuerte Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Deutschland nach der Machtergreifung, am 28.3.33 von der Parteiführung für den 1.4., 10 Uhr, befohlen.

Der Boykott sollte sich gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, Rechtsanwälte und Ärzte wenden. Legitimiert wurde er damit, daß es gelte, der "Greuelhetze" und der Aufforderung zum Boykott deutscher Waren zu begegnen, die das "internationale Judentum" gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet habe. Der Judenboykott stellte damit im Sinne des nationalsozialistischen Antisemitismus eine Kampfansage gegen die "Weltverschwörung des Judentums" dar.

Die Aktion, die durch ein "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthet-

ze" unter Streicher in München geleitet wurde, hatte die politische Funktion, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen und zugleich die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stabilisieren. "Der Führer sagte mir, sogar die Reichsfahne, das Hoheitszeichen, würde im Ausland beleidigt, und wir müßten jetzt dem Weltjudentum sagen: Bis hierher und nicht weiter." ...

Überall gründete die NSDAP lokale Aktionskomitees, die den Judenboykott propagieren und organisieren sollten. Um den Boykottaufruf mit Gewalt durchzusetzen, zogen um 10 Uhr Posten der SA und SS auf. Sie sollten nach offizieller Formulierung "die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte warnen", die vielfach durch Plakate und Schmierereien markiert waren. Wer trotzdem in jüdischen Geschäften einkaufte, war oft Schikanen ausgesetzt. Auch Übergriffe gegen Juden waren nicht selten und führten zur Verunsicherung der jüdischen Bürger.

Der Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten nach dem Programm des Münchener Zentralkomitees Pläne, die Presse zur Unterstützung des Judenboykotts zu bewegen, ferner Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, in denen die Arbeiter von der Notwendigkeit des Judenboykotts überzeugt werden sollten.

Der Boykott, der an einem Samstag stattgefunden hatte, wurde in der folgenden Woche nicht fortgesetzt, da die innen- und außenpolitischen Folgen der NSDAP Sorgen bereiteten. Es kam aber in der Folgezeit weiterhin zu Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte. Überdies schuf die NSDAP durch ihre Propaganda eine permanente Boykottstimmung gegen die Juden.<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den "Antisemitismus" nach Hitlers Machtergreifung (x051/31): >>... Daß die NSDAP beabsichtigte, der antisemitischen Propaganda tatsächlich Taten folgen zu lassen, stellte sie bald nach der Machtergreifung durch den Judenboykott vom 1.4.33 und das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33 unter Beweis. Aus dem antisemitischen Programm wurde, was vielfach auch in bürgerlichen Kreisen und auch unter den deutschen Juden nicht für möglich gehalten worden war, die Judenverfolgung und schließlich die Endlösung.

Vom Begriff des Antisemitismus wollten die Nationalsozialisten, nachdem sie ihre Macht etabliert hatten, bald nichts mehr wissen: 1935 versah das Propagandaministerium die deutsche Presse mit der Weisung, "in der Judenfrage das Wort antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin wendet. Es soll statt dessen das Wort antijüdisch gebraucht werden."

Außenpolitische Rücksichten, auf die arabische Welt, veranlaßten die Nationalsozialisten, den zentralen Begriff aus der Kampagne gegen die Juden zu verbannen. ...

Nachdem 1933 alle politischen Gegenpositionen bis auf Reste in der Kirche ausgeschaltet worden waren, konnte sich auf Basis des verbreiteten Antisemitismus ein "dynamischer" und nach Aktionen drängender Antisemitismus ungehindert entfalten. ... Er dominierte in der NSDAP und bildete für den Zusammenhalt der Partei und besonders der SS eine wichtige Integrationskraft.

Innerhalb der Bevölkerung fand die Partei für den dynamischen Antisemitismus nur begrenzt Anklang. Deutlich wurde das anlässlich der Kristallnacht, an der die Bevölkerung nur hier und da und oft nur mit Randgruppen aktiv beteiligt war. Die Zuschauerrolle dominierte, ja, kritische Stellungnahmen gewannen an Gewicht, wie sich aus dem Ansteigen entsprechender Fälle vor dem Sondergericht München ersehen läßt.

Es gelang allerdings der NSDAP, die antisemitische Haltung in der Bevölkerung fester zu verankern. Das führte dann dazu, daß die Deportation der deutschen Juden 1941 und die aufkommenden Gerüchte über ihre Ermordung nur sehr schwache Reaktionen hervorriefen. Latenter Antisemitismus, sicher auch eine allgemeine Einschüchterung, bewirkten bei der Dominanz eigener Sorgen im Kriegsalltag eine Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden, die der NSDAP die ungehinderte Durchführung ihrer Ausrottungspolitik ermöglichte.<<

In Chicago und New York protestierten am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und forderten den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<

Die britischen Gewerkschaften forderten am 25. Mai 1933 wegen der Judenverfolgungen erneut zum Boykott deutscher Waren auf (x032/59).

Der stellvertretende Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, forderte am 24. Mai 1934, die Auswanderung der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen (x172/61): >>... Jede zuständige Behörde soll ihre Bemühungen insbesondere darauf konzentrieren, die zionistischen Organisationen im Auge zu behalten und ihre Ausbildungs- und Emigrationsbestrebungen anzuerkennen; gleichzeitig sollten alle Aktivitäten von deutsch-jüdischen Gruppen insoweit eingeschränkt werden, daß sie die Idee aufgäben, in Deutschland zu bleiben.<<

Der NS-Reichstag beschloß am 15. September 1935 in Nürnberg ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz". Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" verloren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besaßen. Das NS-Regime forderte bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" mußte mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden - Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800 - (x032/185).

Die Assessorin Alisa Schapira schrieb später über die "Nürnberger Gesetze" (x051/423-424): >>... Das sogenannte Blutschutzgesetz sah für Übertretungen des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und "Deutschblütigen" Zuchtstrafen vor und war die Grundlage für eine Vielzahl von Strafverfahren wegen Rassenschande. Mit dem Reichsbürgergesetz wurde für "Arier" der neue Status des Reichsbürgers geschaffen, an den alle politischen Rechte geknüpft waren, während Juden nur die Staatsbürgerschaft behielten.

Jude war, wer von drei jüdischen Großeltern abstammte, als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem "Volljuden" verheiratet war. ...

Auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze wurden weitere Berufe für Juden geschlossen und die letzten Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Da schon der bloße Verdacht der "Rassenschande" gefährlich wurde, gerieten die Juden weiter in die Isolation und wurden Menschen zweiter Klasse. ...

Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 und der Arisierung wurden die Juden absolut rechtlos gestellt.<<

Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) forderte US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935 auf, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<

Am 14. November 1935 wurden alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besaßen, aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen. Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 galt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammte. Die Juden wurden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verloren alle Bürgerrechte, mußten sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude war, mußten sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellte eine unentschuld bare

"Rassenschande" dar.

Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage der verfolgten Juden in West- und Osteuropa forderte damals der jüdische Politiker David Ben Gurion zur Rückkehr nach Eretz Israel in "das erbliche Land der Israeliten" auf (x043/432): >>... Wir kehren nicht einer Laune wegen in dieses Land zurück. Für uns ist es eine Existenzfrage, eine Frage auf Leben und Tod.

Wir werden hierher kommen, ob es nun eine arabisch-jüdische Verständigung gibt oder nicht. Gewaltakte werden uns nicht aufhalten. Wenn wir die Wahl zwischen Verfolgung in Deutschland, Polen oder anderen Ländern und Unruhen in Palästina haben, ziehen wir Palästina vor. ...<<

Infolge der NS-Rassenverfolgungen drängten die deutschen Juden verstärkt nach Palästina, obgleich die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunahmen. Im April 1936 brachen große arabische Aufstände gegen die jüdischen Siedler und die britischen Besatzungstruppen in Palästina aus. Die Araber - erstmalig unter Führung der ungewöhnlich fanatischen El Fatah-Terrororganisation - bekämpften in erster Linie die jüdischen Siedler, während der Widerstand gegen die Briten nur eine untergeordnete Rolle spielte. In Palästina ereigneten sich vielerorts arabische Greuelthaten, denen zahlreiche Juden zum Opfer fielen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, riefen die Araber schließlich zum Generalstreik auf.

Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtete am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...

Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<

Joseph Tenenbaum, Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation, rief am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...

Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<

Die polnische Regierung verhandelte am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden in die damalige französische Kolonie nach Madagaskar umsiedeln könnte (x172/79).

Im Juli 1937 verlangte Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren. Die Briten schlugen daraufhin eine Aufteilung Palästinas vor. Der sogenannte "Peel-Plan" wurde aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).

Der jüdische Politiker David Ben Gurion, Chef der zionistischen Palästina-Sektion, der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortete, konnte sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen. Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<

Dieser kleinere Judenstaat hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.

Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnete am 13. September 1937 an, jüdische Inter-

nierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachwiesen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern konnten (x032/386).

Joseph Hyman, Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation, rief am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...

In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...

In Rumänien nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<

Die "New York Times" veröffentlichte am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<

Seit dem 26. April 1938 mußten die im Deutschen Reich lebenden Juden ihr Vermögen angeben. Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden begann (x032/441).

Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch schlug im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" - britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien - anzusiedeln.

Der US-Jurist Felix Frankfurter kritisierte damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<

Das NS-Regime führte am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden durch, die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren (x032/449). Die Verhafteten wurden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.

Die Konferenz von Evian endete am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.

Das jüdische Flüchtlingsproblem wurde durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigerte, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 waren etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichteten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<

>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte ... bleibt die Tatsache bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<

Bischof George Bell von Chichester forderte am 27. Juli 1938 im Oberhaus höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vettern – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichtariern getan haben.<<

Das NS-Regime erließ am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354): >>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien

über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...

§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<

Am 7. November 1938 schoß der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) war tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wurde bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht. Das NS-Regime nutzte diesen Mordanschlag (Rath starb 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

Alle Staatspolizeiämter erhielten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<

Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 ließ das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führten die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligte sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.

Im Verlauf der heimtückischen Anschläge wurden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.

Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautete (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:

Rache für Mord an vom Rath.

Tod dem internationalen Judentum. ...<<

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über die "Kristallnacht" (x051/-335): >>... Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.

Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen. ...

Das Grynszpan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.

Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige

Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden. Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.

Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.

Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<

Hitler mußte nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht bewiesen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnten.

Die Versicherungen zahlten zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung mußte sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan mußten die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.

Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wurde, überlebte die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.

Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 mußten die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen wollte.

Ein Reporter des Manchester Guardian berichtete am 15. November 1938 über die Verhältnisse in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/118): >>... Viele verzweifelte Juden bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<

Im britischen Unterhaus scheiterte am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln. Premierminister Chamberlain berichtete, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen hätte und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt wurde (x032/486).

Im November 1938 erließ das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46). Jüdische Kinder durften danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.

Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schafften es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 waren erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besaßen kein ausreichendes Vermögen und konnten

nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten wurden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbrachten.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.

Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.

Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus. Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens.

Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.

Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynszpan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste:

Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für die Kristallnacht, die noch am selben Abend begann und bis zum 11. November dauerte. Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.

Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden über 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.

Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" an, der alle Juden angehören mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.

Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.

Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirk-

licht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete das Reichssicherheitshauptamt am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.

Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.

Von der Deportation ausgenommen wurden im wesentlichen zunächst Juden über 65 Jahre, schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".

Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.

Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet durch den Judenstern, diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.

Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen, wie z.B. Dänemark und die Niederlande; aber nur in wenigen Fällen gelang es jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren.

Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen. Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<

In jener Zeit war der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten, wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich, wurden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.

Als das NS-Regime die Judenverfolgungen nach der "Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938 radikal verschärfte, breitete sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden wurden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert.

Vor Palästina wurden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie wurden damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen. In Nordamerika verminderten

sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 waren es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).

Seit 1938 verhandelten das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar, in Rhodesien oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlug später Äthiopien, das seit 1936 durch Italien besetzt war, als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hielt Rußland für geeignet. Stalin brachte daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reichte später einen "Angola-Vorschlag" nach.

Herman Göring ordnete am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).

Hitler kündigte während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.

Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<

Das NS-Regime erließ am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmeldung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmachvoll im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.

Irrfahrt der "St. Louis": Am 13. Mai 1939 startete der Luxusdampfer "St. Louis" in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika. Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.

In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue: "Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen" leider nicht verwirklicht (x043/434)

Am 17. Mai 1939 entschied die britische Besatzungsbehörde, daß in den nächsten 5 Jahren

nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern durften.

Der jüdische Politiker David Ben Gurion, Chef der zionistischen Palästina-Sektion, verurteilte damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>... Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

Alfred Rosenberg, ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes, schlug am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).

Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtete am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharaos. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<

Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wurde am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt. Diese Vereinigung beschäftigte sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote waren etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhielten keine staatliche Unterstützung (x092/896).

Die Juden mußten seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.

Im Jahre 1939 verließen etwa 80.000 Juden das Deutsche Reich. Spätestens ab 1939 trieb das NS-Regime die Juden planmäßig aus dem Land, aber fast niemand war bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagte ihnen, wo sie leben sollten.

Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).

Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 flohen rund 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507). Angesichts des drohenden Krieges wurden die Araber ab 1938/39 zu wichtigen "Handelspartnern", denn sie besaßen die riesigen Ölvorräte. Im "Palästina-Weißbuch" vom Mai 1939 beschränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einwanderer für die folgenden 5 Jahre auf 75.000 Personen.

Nach dem Kriegsbeginn sperrten die Briten systematisch alle Palästina-Zugänge und hinderten die jüdischen Auswandererschiffe oftmals gewaltsam an einer Landung. Spätestens jetzt be-reuten es die jüdischen Politiker bitterlich, daß sie 1937 den britischen Kompromißvorschlag ("Peel-Plan" bzw. Aufteilung Palästinas) abgelehnt und damit ihre letzte Chance leichtfertig verspielt hatten.

Die verzweifelten Juden betrachteten diese dramatischen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina zu Recht als Verrat am jüdischen Volk und waren damals bereit, auch gegen Großbritannien zu kämpfen. Später kämpften jedoch etwa 30.000 jüdische Soldaten mit den Briten gegen deutsche Truppen im Nahen Osten und erlitten wegen ihrer fanatischen Pflichterfüllung äußerst hohe Verluste.

Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (x042/188-189): >>...

Die meisten Forderungen nach Rettungsmaßnahmen verlangten die Öffnung Palästinas. Die dortige jüdische Bevölkerung – sie zählte 50.000 Köpfe – war die einzige "Nation" der Erde, die bereit war, Massen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.

Doch Großbritannien, das in Palästina als Mandatsmacht fungierte, hatte 1939 die Grenzen

des Landes für jüdische Einwanderer praktisch geschlossen. Vorausgegangen waren zahlreiche Gewalttätigkeiten zwischen jüdischen Siedlern und arabischen Einwohnern, bei denen sich angesichts des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg Wut und Angst breit machte.

Um die Unruhe unter den Arabern zu dämpfen – und nicht zuletzt um ihrer eigenen langfristigen Interessen im Nahen Osten willen – legte die britische Regierung im Mai 1939 ein sogenanntes Palästinenser-Weißbuch vor. Es beschränkte die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina auf 75.000 innerhalb der folgenden 5 Jahre. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, daß die Juden in Palästina nicht über einen Bevölkerungsanteil von einem Drittel hinauskommen würden, so daß die Araber die Gewißheit hätten, daß dort kein jüdischer Staat entstehe.

Bald darauf brach in Europa der Krieg aus, und die Nazis verschärften ihren Druck auf die Juden. Für Großbritannien war dies jedoch kein Anlaß, jene Restriktionen wieder aufzuheben oder auch nur zu lockern. Der Krieg bestärkte die Briten vielmehr in ihrer Entschlossenheit, die jüdische Einwanderung so niedrig wie möglich zu halten. Unruhen in der islamischen Welt konnten militärische Operationen stören, Nachschublinien gefährden oder britische Truppen durch polizeiliche Einsätze binden. Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:

Der Angriff der Heeresgruppe Nord (Führung: Generalfeldmarschall von Leeb) erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.

Der Angriff der Heeresgruppe Mitte (Führung: Generalfeldmarschall von Bock) erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.

Der Angriff der Heeresgruppe Süd (Führung: Generalfeldmarschall von Rundstedt) erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.

Die Briten wußten, daß ihnen von seiten der Juden keine Gefahr drohte, wohl aber potentiell von seiten der Araber. So wurde es zur Grundregel der britischen Palästina-Politik, die Araber nicht zu verprellen, auch wenn dies bedeutete, daß man verfolgten Juden den Zugang zur "nationalen Heimstätte" verwehrte, die Großbritannien dem jüdischen Volk in der Balfour-Deklaration versprochen hatte.

Nachdem die Weißbuch-Richtlinien in Kraft getreten waren, wurden immer wieder Schiffe mit vertriebenen oder geflohenen Juden an Bord von den Küsten Palästinas verjagt. Wenn Flüchtlinge das Land erreichten, landeten sie auf unabsehbare Zeit in Internierungslagern. so erging es beispielsweise 800 Juden, die sich aus Rumänien gerettet hatten und im März 1941 auf der "Darien" in Palästina anlandeten. Einige Monate zuvor waren 1.600 "illegal" an Land gegangene Flüchtlinge auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportiert worden. Einige der altersschwachen Flüchtlingsschiffe verschwanden auf dem Weg nach Palästina; die "Salvator" beispielsweise sank im Marmarameer und riß 200 Menschen mit in die Tiefe.

... Im Oktober 1943, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist, waren von den 75.000 Plätzen noch 31.000, das heißt mehr als 40 Prozent vakant. ...<<

Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik"

Die westpolnischen Juden wurden von SS- und SD-Sondereinheiten bereits ab 1940 vorübergehend in "Groß-Gettos" zusammengetrieben, die man in den größten Städten des Generalgouvernements einrichtete. In diesen Gettos breiteten sich vielfach Epidemien und Seuchen aus, denen Tausende von Juden zum Opfer fielen.

In Lodz richteten SS-Einheiten am 30. April 1940 das erste bewachte Ghetto für Juden ein.

In Polen begann die SS im Mai/Juli 1940 mit der Errichtung des späteren Vernichtungslagers Auschwitz (x051/45).

Nach dem erfolgreichen Frankreich-Feldzug und dem deutsch-französischen Waffenstillstand

vom 22.06.1940 machte der Judenreferent des Auswärtiges Amtes am 3. Juli 1940 noch einmal den Vorschlag, die europäischen Juden nach Madagaskar umzusiedeln (x106/61).

Seit dem 19. September 1941 mußte jeder Jude über 6 Jahre den gelben "Davidstern" mit der Aufschrift "Jude" auf der linken Brustseite tragen.

Goebbels berichtete später über diese menschenverachtende NS-Aktion (x025/148): >>... Die Einführung des Judensterns hat genau das Gegenteil von dem bewirkt, was erreicht werden sollte, mein Führer!

Wir wollten die Juden aus der Volksgemeinschaft ausschließen, aber die einfachen Menschen meiden sie nicht, im Gegenteil! Sie zeigen überall Sympathie für sie. Dieses Volk ist einfach noch nicht reif und steckt voller Gefühlsduseleien.<<

Am 14. Oktober 1941 trat für alle deutschen Juden ein absolutes Auswanderungsverbot in Kraft. Die ersten Juden (ehemalige deutsche Staatsbürger) wurden am 14. Oktober 1941 nach Polen deportiert.

In der ehemaligen Garnisonstadt Theresienstadt ließ das NS-Regime am 24. November 1941 ein Getto zur Aufnahme von älteren Juden errichten.

Schlußbemerkungen: Hitler hatte vermutlich anfangs gedacht, die Juden meistbietend "verkaufen" zu können. Nach dem Scheitern der "NS-Auswanderungspolitik" im Jahre 1940 wurden alle Umsiedlungsverhandlungen abgebrochen. Danach war das tragische Schicksal der europäischen Juden praktisch entschieden.